bauenschweiz
constructionsuisse
costruzionesvizzera

Politmonitor

Rückblick Herbstsession 2026

Publikationsdatum: 06.10.2026

Dachverband der Schweizer Bauwirtschaft
Association faîtière nationale de la construction
Associazione mantello della costruzione

Inhaltsverzeichnis

Sessionsrückblick	3
Neu eingereichte Geschäfte	6
Ausblick Kommissionssitzungen Q4	13
Laufende und geplante Vernehmlassungen	18

Sessionsrückblick

Divers

14.09 Ständerat

23.4078 Motion Sollberger (V/BL)
Lehrbetriebe entlasten
Stand: In Kommission des Nationalrats

Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion 23.4078 «Lehrbetriebe entlasten». Das duale Bildungssystem ist für die Bauwirtschaft von zentraler Bedeutung. Engagierte Lehrbetriebe und Berufsbildnerinnen und Berufsbildner bilden dabei das Rückgrat der beruflichen Ausbildung; gleichzeitig verschärft sich der Fachkräftebedarf. Gezielte regulatorische und administrative Entlastungen sowie die Stärkung von Lehrbetriebsverbünden können Lehrbetriebe bei ihrer Ausbildungsaufgabe unterstützen. Bauenschweiz empfiehlt dem Ständerat deshalb die Annahme der Motion.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

15.09 Ständerat

25.3866 Motion Michel (RL/ZG)
Einführung einer Deklarationspflicht für PFAS
Stand: Erledigt

Position: Bauenschweiz anerkennt, dass PFAS sowohl für die menschliche Gesundheit als auch für die Umwelt eine Gefahr darstellen können und insbesondere die besorgniserregenden Stoffe eingedämmt werden müssen. Die Bauwirtschaft ist bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der Lösung dieser Herausforderung mitzuhelfen und die Mitglieder arbeiten bereits fachlich am Thema, um die kritischen Anwendungen von PFAS zu identifizieren und den Umgang damit zu klären. Siehe die gemeinsame Haltung dazu.

Beschaffungsrecht

16.09 Nationalrat

25.4638 Motion Wicki (RL/NW)
Anpassung der Beschaffungsschwellenwerte zur Stärkung der Schweizer Unternehmen
Stand: Überwiesen an den Bundesrat

Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion von Präsident Hans Wicki und beantragt dem Nationalrat seiner vorberatenden Kommission zu folgen. Bundesrat und Ständerat erkennen ebenfalls den Handlungsbedarf. Bei Beschaffungen der öffentlichen Hand hängt das Verfahren vom Auftragswert ab: Je höher dieser ist, desto aufwendiger das Verfahren. Die Schwellenwerte wurden seit 2019 nicht angepasst, obwohl die Baupreise seither um rund 15 % gestiegen sind. Dadurch fallen heute unveränderte Projekte häufiger in strengere Verfahren. Das führt zu mehr Bürokratie und höheren Kosten für Auftraggeber und Unternehmen. Besonders für KMU ist dies belastend, da sie hohe Offertkosten schlechter tragen können. Die Bauwirtschaft braucht bei Hoch- und Tiefbauprojekten der öffentlichen Hand Planungssicherheit und klare Rahmenbedingungen. Dazu gehören berechenbare und transparente Schwellenwerte, die sich an den Entwicklungen in der Bauwirtschaft orientieren. Deshalb spricht sich der Dachverband dafür aus, die Schwellenwerte an die Teuerung anzupassen und eine entsprechende Methode gemeinsam mit allen Beteiligten festzulegen.

Divers

erg. 23.09 Nationalrat

24.3965 Motion Tuosto (S/VD)
Nationale Strassen und Eisenbahnen an die klimatischen und meteorologischen Unwägbarkeiten anpassen
Stand: Erledigt

Position: Auf Grund der sich zunehmend verändernden klimatischen Bedingungen mit vermehrten Starkniederschlägen, Hagel oder Hitzetagen ist es aus Sicht von Bauenschweiz zentral bei Investitionen in den Gebäude- und Infra-strukturpark auch diese Herausforderungen einzubeziehen.

Divers

24.09 Nationalrat

25.3429 Motion Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat (SGK-N)
Temporärbranche nicht weiter von der Schlechtwetterentschädigung ausschliessen
Stand: Überwiesen an den Bundesrat

Position: Für die Bauwirtschaft sind Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen zentral. Dazu gehört auch, Mitarbeitende möglichst langfristig im Betrieb zu halten, Beschäftigung zu sichern und dem Fachkräftemangel mit attraktiven Arbeitsbedingungen entgegenzuwirken. Bei einer allfälligen Anpassung der Schlechtwetterentschädigung ist gleichzeitig darauf zu achten, dass die Regelung für die Unternehmen einfach umsetzbar bleibt und keinen unverhältnismässigen administrativen Mehraufwand verursacht.

Divers

28.09 Ständerat
29.09 Ständerat
30.09 Ständerat

26.023 Geschäft des Bundesrates
Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU (Bilaterale III)»
Stand: Beratung in Kommission des Ständerates abgeschlossen

Position: Bauenschweiz unterstützt das mit der EU ausgehandelte Vertragspaket zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU im Grundsatz, hat aber klare Forderungen zur innerstaatlichen Umsetzung. Für die Schweizer Bauwirtschaft sind stabile und vorhersehbare Beziehungen zur EU von enormer Wichtigkeit. Dabei ist besonders auf die Bedeutung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) sowie des Abkommens über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA) hinzuweisen. Die ständerätlichen Kommissionen haben ihre Beratungen zum Geschäft abgeschlossen. Nun wird der Ständerat als Erstrat das Geschäft in der Herbstsession 2026 behandeln. Der Nationalrat ist voraussichtlich in der Wintersession 2026 am Zug. Bauenschweiz verfolgt die parlamentarischen Beratungen aufmerksam und wird nach deren Abschluss eine Parole zum Vertragspaket fassen.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

01.10 Ständerat

25.3746 Motion Graf (G/BL)
Abgabe auf sämtliche PFAS an der Quelle
Stand: Erledigt

Position: Bauenschweiz anerkennt, dass PFAS sowohl für die menschliche Gesundheit als auch für die Umwelt eine Gefahr darstellen können und insbesondere die besorgniserregenden Stoffe eingedämmt werden müssen. Die Bauwirtschaft ist bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der Lösung dieser Herausforderung mitzuhelfen und die Mitglieder arbeiten bereits fachlich am Thema, um die kritischen Anwendungen von PFAS zu identifizieren und den Umgang damit zu klären. Siehe die gemeinsamen Haltung dazu.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

01.10 Ständerat

25.3868 Motion Crevoisier Crelier (S/JU)
Beschränkung der Zulassung von PFAS auf wesentliche Verwendungszwecke
Stand: Erledigt

Position: Bauenschweiz anerkennt, dass PFAS sowohl für die menschliche Gesundheit als auch für die Umwelt eine Gefahr darstellen können und insbesondere die besorgniserregenden Stoffe eingedämmt werden müssen. Die Bauwirtschaft ist bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der Lösung dieser Herausforderung mitzuhelfen und die Mitglieder arbeiten bereits fachlich am Thema, um die kritischen Anwendungen von PFAS zu identifizieren und den Umgang damit zu klären. Siehe die gemeinsamen Haltung dazu.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

01.10 Ständerat

26.3529 Postulat Geschäftsprüfungskommission Ständerat (GPK-S)
Gesamtkonzept zum Schutz der Biodiversität in der Schweiz für den Zeitraum 2030–2050
Stand: Überwiesen an den Bundesrat

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

01.10 Ständerat

26.4043 Motion Gmür-Schönenberger (M-E/LU)
Rechtssichere Pilotprojekte für einfaches Bauen (Gebäudetyp E)
Stand: In Kommission des Nationalrats

Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion. Einfacher Wohnraum mit reduziertem Komfort kann bereits heute realisiert werden; gleichzeitig ist zu prüfen, wo auf Bundesebene zusätzliche Rechtssicherheit für Pilotprojekte nach dem Prinzip des Gebäudetyps E geschaffen werden kann. Die Motion sieht hierfür ausdrücklich eine Zusammenarbeit mit den Kantonen sowie den zuständigen Fach- und Normungsorganisationen vor. Für Bauenschweiz ist deshalb der frühzeitige Einbezug der betroffenen Branchenorganisationen wie SIA, BSA und FSU zentral, die sich bereits intensiv mit dem Thema befassen. Zudem knüpft das Anliegen direkt an den Aktionsplan Wohnungsknappheit an, der unter Massnahme C6.2 die Übertragbarkeit des deutschen Gebäudetyps E auf die Schweiz unter Federführung von ARE und SIA prüfen lässt.

Neu eingereichte Geschäfte

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

26.4526 Motion Wismer-Felder (M-E/LU)
Stärkung der Information zu Klimawandel
Stand: Eingereicht

Position: Aus Sicht Bauenschweiz besteht Handlungsbedarf. Jedoch wurde mit dem Netzwerk Anpassung bereits vor zwei Jahren die richtige Schnittstelle geschaffen, um Lücken zu erkennen und entsprechende Massnahmen über die geeigneten Organisationen anzustossen sowie die bestehende Netzwerke für deren Verbreitung zu nutzen. Die Öffentlichkeitsarbeit soll effizient und zielgruppengerecht über die Mitglieder im Netzwerk und weitere bestehenden Organisationen erfolgen.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

26.4513 Motion Grüne Fraktion (G)
Fossilausstieg jetzt: Keine neuen Öl- und Gasheizungen mehr!
Stand: Eingereicht

Position: Die Mustervorschriften 2025 MuKEn 2025 haben die Grundlage für die Kantone gelegt, den Ersatz von Öl- und Gasheizungen bei Neubauten und Sanierungen vorwärts zutreiben. Bauenschweiz unterstützte in der Vernehmlassung dieses Vorgehen und auch die Zielsetzung Netto-Null. Die MuKEn geben realistische Ziele vor und können von den Kantonen analog in den kantonalen Gesetzgebung übernommen werden. Siehe auch gleichlautendes Geschäft 26.4514

Divers

26.460 Parlamentarische Initiative Wermuth (S/AG)
Hitzestopp. Verbindlicher Schutz bei Arbeiten unter grosser Hitzebelastung
Stand: Eingereicht

Position: Steigende Temperaturen haben direkte Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen, besonders bei körperlich anspruchsvollen Tätigkeiten. Bei Bauenschweiz sind die rund 70 Fach- und Berufsverbände sehr unterschiedlich betroffen. Weiter sind Arbeitgebende bereits heute gesetzlich verpflichtet, entsprechende gesundheitliche Schutzmassnahmen zu treffen. Gleichzeitig geht es neben dem Gesundheitsschutz auch um die praktische Organisation auf Baustellen sowie um Verantwortlichkeiten, wenn Arbeiten angepasst, verschoben oder unterbrochen werden müssen. Solche Fragen betreffen zugleich Arbeitgebende, Arbeitnehmende, Bauherrschaften und Auftraggebende. Bauenschweiz setzt sich für pragmatische Lösungen zum wirksamen Gesundheitsschutz der Arbeitnehmenden und zur gleichzeitigen partnerschaftlichen Projektabwicklung ein und lehnt starre Vorgaben ab. Es braucht aus Sicht des Dachverbands der Bauwirtschaft eher Massnahmen für eine Flexibilisierung der Arbeitszeit mit einer möglichen Verschiebung in kühlere, frühere Tageszeiten. Siehe auch Motion 26.4075

Divers

26.4681 Interpellation Ryser (G/SG)
Wie aktuell sind die Normen und Bewertungsgrundlagen bei der Planung von Nationalstrassenprojekten?
Stand: Eingereicht

Raumplanung

26.4663 Interpellation Freymond (V/VD)
Titel folgt
Stand: Eingereicht

Divers

26.4637 Interpellation Prelicz-Huber (G/ZH)
Hitzeschutz für Arbeitnehmende
Stand: Eingereicht

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

26.4591 Motion Suter (S/AG)
Dringende Hitzeschutzprojekte rascher ermöglichen: Zusätzliches Eingabefenster für Adapt+
Stand: Eingereicht

Position: Bauenschweiz unterstützt einen engeren Rhythmus bei der Prüfung von Gesuchen, dies erhöht für eine anschliessende Umsetzung auch die Übersicht für die planenden und ausführenden Unternehmen.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

26.4590 Motion Suter (S/AG)
Klimaanpassung stärken: Adapt+ bedarfsgerecht finanzieren
Stand: Eingereicht

Position: Bauenschweiz unterstützt das Förderprogramm Adapt+ und arbeitet zudem seit zwei Jahren für die Bauwirtschaft im Netzwerk Anpassung mit. Der Dachverband ist jedoch auf Grund des Finanzhaushaltes des Bundes zurückhaltend bei der Forderung nach weiteren Fördermitteln und lehnt die Motion deshalb ab.

Raumplanung

26.4586 Interpellation Kutter (M-E/ZH)
Wohnungsbau in fluglärmbelasteten Gebieten
Stand: Eingereicht

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

26.4485 Motion Grossen (GL/BE)
Bremsen lösen für die Erneuerbaren und ein intelligentes Stromsystem
Stand: Eingereicht

Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion, da sie auf einfachere Bewilligungsverfahren für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien abzielt und damit den Ausbau der Stromproduktion erleichtert.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

26.4448 Interpellation Roth (S/LU)
Überförderung der Dekarbonisierung im schweren Güterverkehr
Stand: Eingereicht

Digitalisierung

26.4435 Motion Farinelli (RL/TI)
Optimisons la construction de nos infrastructures : développons les projets pilotes BIM.
Stand: Eingereicht

Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion. Es werden heute bereits zahlreiche Infrastrukturvorhaben mit BIM umgesetzt und damit die Zusammenarbeit zwischen Bauherr, Planenden und ausführenden Unternehmen gestärkt.

Divers

26.4420 Interpellation Gartmann (V/SG)
Bearbeitung von Anzeigen bei Elektroinstallationsarbeiten ohne Bewilligung
Stand: Eingereicht

Divers

26.4372 Interpellation Zybach (S/BE)
PFAS-Altlasten: Wer trägt die Kosten, wenn das Verursacherprinzip versagt?
Stand: Eingereicht

Divers

26.4369 Motion Burgherr (V/AG)
Keine Überregulierung durch die Ablösung der SIA-Normen durch die Eurocodes der zweiten Generation
Stand: Eingereicht

Position: Bauenschweiz ist zu dieser Motion in engem Austausch mit seinen Mitgliedern und Normenorganisationen. Der Dachverband wird die Motion im Hinblick auf die parlamentarische Beratung prüfen und einordnen.

Divers

26.4349 Interpellation Sollberger (V/BL)
Missbräuchliche Konkurse – wie wirksam sind die neuen Massnahmen gegen Konkursreiterei?
Stand: Eingereicht

Position: Bauenschweiz begrüsst, dass diesem Thema weiterhin Aufmerksamkeit gegeben wird. Die Anfang 2025 in Kraft getretenen verschiedenen gesetzlichen Anpassungen und die soeben abgeschlossene Vernehmlassung zum besseren Informationsaustausch in Sachen Schwarzarbeit sollten Wirkung zeigen bei missbräuchlichen Konkursen. Aus diesem Grund ist die Einschätzung des Bundesrates in dieser Sache wertvoll.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

26.4159 Postulat Zybach (S/BE)
Hitzeresistente Gebäude: Anreize statt Vorschriften
Stand: Eingereicht

Position: Bauenschweiz nimmt seit zwei Jahren Einsitz im Netzwerk Anpassung an den Klimawandel. Bund, Kantonen, Gemeinden und Städten sowie Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft identifizieren im Austausch Lücken und stossen entsprechende Massnahmen und Instrumente an. Der Dachverband der Bauwirtschaft unterstützt das Anliegen der Motion im Grundsatz, plädiert aber dafür die bereits angestossenen Massnahmen im Netzwerk und in den Normenorganisationen zu unterstützen und keine Doppelspurigkeiten zu verursachen.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

26.4157 Postulat Zybach (S/BE)
Hitzeresistente Strassenräume: Anreize statt Vorschriften
Stand: Eingereicht

Position: Bauenschweiz nimmt seit zwei Jahren Einsitz im Netzwerk Anpassung an den Klimawandel. Bund, Kantonen, Gemeinden und Städten sowie Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft identifizieren im Austausch Lücken und stossen entsprechende Massnahmen und Instrumente an. Der Dachverband der Bauwirtschaft unterstützt das Anliegen der Motion im Grundsatz, plädiert aber dafür die bereits angestossenen Massnahmen im Netzwerk und in den Normenorganisationen zu unterstützen und keine Doppelspurigkeiten zu verursachen.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

26.4133 Postulat Pult (S/GR)
Nationale Kühlungsstrategie – effizient kühlen, Fehlanreize abbauen
Stand: Eingereicht

Position: Bauenschweiz nimmt seit zwei Jahren Einsitz im Netzwerk Anpassung an den Klimawandel. Bund, Kantonen, Gemeinden und Städten sowie Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft identifizieren im Austausch Lücken und stossen entsprechende Massnahmen und Instrumente an. Aus Sicht Dachverband ist dort und in Kombination mit Anreizen beim Gebäudeprogramm der richtige und bereits genutzte Ort und die Anpassungen an sämtliche extreme Wetterereignisse vorwärts zu treiben.

Divers

26.4211 Interpellation Stark (V/TG)
Wie weiter mit der Revision des Bauproduktegesetzes?
Stand: Eingereicht

Position: Bauenschweiz konnte aus der Wertschöpfungskette vom Baumaterial bis zur Planung Fachpersonen in die Begleitgruppe delegieren. Über die Ausgangslage und die Zusammenhänge mit anderen pendenten politischen Geschäften hat das zuständige Bundesamt stets an den Begleitgruppensitzungen informiert.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

26.4200 Interpellation Portmann (GL/AG)
Klimaanpassungsmassnahmen auf Bahninfrastrukturen und -immobilien
Stand: Eingereicht

Position: Bauenschweiz nimmt seit zwei Jahren Einsitz im Netzwerk Anpassung an den Klimawandel. Bund, Kantonen, Gemeinden und Städten sowie Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft identifizieren im Austausch Lücken und stossen entsprechende Massnahmen und Instrumente an. Dabei steht aus Sicht von Bauenschweiz im Fokus, dass nicht einzelne Wetterereignisse im Fokus stehen, sondern Gebäude und Infrastrukturen fit gemacht werden gegen Hitze, Starkniederschlag und damit Oberflächenabschluss und Hagel.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

26.4181 Motion Jauslin (GL/AG)
Die Schweiz braucht eine nationale Kältestrategie
Stand: Eingereicht

Position: Bauenschweiz nimmt seit zwei Jahren Einsitz im Netzwerk Anpassung an den Klimawandel. Bund, Kantonen, Gemeinden und Städten sowie Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft identifizieren im Austausch Lücken und stossen entsprechende Massnahmen und Instrumente an. Dabei steht aus Sicht von Bauenschweiz im Fokus, dass nicht einzelne Wetterereignisse im Fokus stehen, sondern Gebäude und Infrastrukturen fit gemacht werden gegen Hitze, Starkniederschlag und damit Oberflächenabschluss und Hagel.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

26.4158 Motion Dandrès (S/GE)
Titel folgt
Stand: Eingereicht

Position: Bauenschweiz lehnt die Motion ab. Es braucht kein neues Gremium, sondern bestehenden Gruppe wie das Netzwerk Anpassung an den Klimawandel sollen Lücken oder Handlungsbedarf identifizieren und über die beteiligten oder weitere Organisationen anstossen.

Divers

26.4153 Motion Candan (S/LU)
Extreme Hitze und Trockenheit – Aufnahme in die Programmvereinbarungen des Umweltbereichs
Stand: Eingereicht

Position: Aus Sicht Bauenschweiz verfügt der Bund mit Adapt+ bereits über ein geeignetes Förderprogramm für die Anpassung an den Klimawandel und lehnt aus diesem Grund die Motion ab.

Divers

26.4145 Interpellation Portmann (GL/AG)
Verjährungsfallen bei Baumängeln beseitigen – braucht es eine einfachere Unterbrechung der Verjährung von Nachbesserungsansprüchen?
Stand: Eingereicht

Divers

26.4123 Motion Dünki-Bättig (S/ZH)
Fürsorgepflicht besser kontrollieren
Stand: Eingereicht

Position: Aus Sicht Bauenschweiz wird die Fürsorgepflicht der Suva wahrgenommen und die Kontrollen zielgerichtet und angemessen durchgeführt. Die Suva ist sowohl im Austausch mit dem Dachverband der Bauwirtschaft, wie auch mit den einzelnen Berufsverbänden und paritätischen Kommissionen. Dabei werden die Arbeitssicherheit und der Gesundheitsschutz auf neue Entwicklungen angepasst und stetig verbessert. Aus diesem Grund lehnt der Dachverband der Bauwirtschaft die Motion ab.

Divers

26.4118 Interpellation de Meuron (G/BE)
Verkehr '45 – Verlässlichkeit der Raum- und Siedlungsentwicklung bei Bahnprojekten
Stand: Eingereicht

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

26.4106 Motion Broulis (RL/VD)
Titel folgt
Stand: Eingereicht

Divers

26.4095 Interpellation Müller (RL/LU)
Wohnbaupolitik: Braucht es erst eine Krise britischen Ausmasses, bis der Bund handelt?
Stand: Eingereicht

Ausblick Kommissionssitzungen Q4

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

12.10 UREK-N

24.421 Parlamentarische Initiative Pahud (V/VD)
Schweizer Holz verwerten und in den Gebäuden des Bundes verwenden
Stand: In Kommission des Nationalrats

Raumplanung

12.10 UREK-N

26.035 Geschäft des Bundesrates
Geoinformationsgesetz (Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen). Änderung
Stand: In Kommission des Nationalrats

Position: Bauenschweiz nahm 2025 an der Vernehmlassung teil und unterstützt die Vorlage. Grundsätzlich wurden viele Punkte der Vernehmlassung in dem nun vorliegenden Entwurf eingearbeitet. Insbesondere die Streichung der Haftung (alt Art. 18) ist zu begrüssen. Zudem ist eine funktionale Abgrenzung zwischen dem Grundbuch und dem ÖREB-Kataster im Bereich der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen sinnvoll und notwendig, da dies bestehende Doppelspurigkeiten aufhebt.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

12.10 UREK-N

26.055 Geschäft des Bundesrates
«Für den Schutz der direkten Demokratie bei Windparks (Gemeindeschutz-Initiative)». Volksinitiative
Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

12.10 UREK-N

26.056 Geschäft des Bundesrates
«Gegen die Zerstörung unserer Wälder durch Windturbinen (Waldschutz-Initiative)». Volksinitiative
Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission

Position: Bauenschweiz nimmt die Vorlage in der Arbeitsgruppe Nachhaltiges Bauen auf. Grundsätzlich setzen wir uns als Dachverband für eine Versorgungssicherheit mit Energie ein. Dies auch für die vielseitige Produktion von Baumaterial. Dafür ist auch die Windenergie ein wichtiger Bestandteil. Das gleich gilt für die Vorlage «Für den Schutz der direkten Demokratie bei Windparks» (Gemeindeschutz-Initiative). Auch diese wurde ohne Gegenvorschlag dem Parlament unterbreitet.

Divers

19.10 RK-S

25.079 Geschäft des Bundesrates
Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht. Änderung
Stand: In Kommission des Ständerats

Position: Die Motion von Ständerat Peter Hegglin 24.4420 wurde an den Bundesrat überwiesen. Bauenschweiz unterstützte das Anliegen und damit auch die nun vorliegende Umsetzung. Das Bundesgericht hat im Spätsommer 2024 einen für die Bauwirtschat weitreichenden Entscheid gefällt: Entgegen der bisherigen Praxis ist es seither in der Schweiz nicht mehr möglich bei Abbauprojekten zur Erschliessung von Primärrohstoffen frühzeitig eine Dienstbarkeit im Grundbuch einzutragen, um die Abbau- und Deponierechte zu sichern. Die Parteien benötigen bei solchen Projekten frühzeitige Rechtssicherheit. Von der Absichtserklärung der Involvierten, bis zum kantonalen Richtplaneintrag und zur Zonenplanänderung auf Gemeindestufe dauert es in der Regel mindestens zehn Jahre. In dieser Phase werden von den Unternehmen sechs- bis siebenstellige Summen vorinvestiert. Die neueste Rechtsprechung verhindert, dass diese Investitionen frühzeitig dinglich abgesichert werden können. Für Grundbesitzer andererseits steigt der Druck, wenn sie ohne grundbuchamtliche Zusicherung in den kommunalen, politischen Prozessen ihre Interessen wahrnehmen wollen. Überdies verlieren die Landwirte die Möglichkeit von Anfang an in einem partnerschaftlichen Verhältnis die Rahmenbedingungen für einen Abbau festzulegen. Es ist davon auszugehen, dass schweizweit deutlich weniger Gesuche für den Kiesabbau, die Wiederauffüllung oder das Errichten und den Betrieb einer Deponie eingereicht werden. Ist die inländische Versorgung in Frage gestellt, müsste Rohstoff importiert werden, was aus ökologischer, ökonomischer und sozialer Sicht keinen Sinn macht.

Divers

KFV-N
APK-N
SPK-N
WBK-N
UREK-S
WAK-N
SGK-N

26.023 Geschäft des Bundesrates
Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU (Bilaterale III)»
Stand: Beratung in Kommission des Ständerates abgeschlossen

Position: Bauenschweiz unterstützt das mit der EU ausgehandelte Vertragspaket zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU im Grundsatz, hat aber klare Forderungen zur innerstaatlichen Umsetzung. Für die Schweizer Bauwirtschaft sind stabile und vorhersehbare Beziehungen zur EU von enormer Wichtigkeit. Dabei ist besonders auf die Bedeutung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) sowie des Abkommens über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA) hinzuweisen. Die ständerätlichen Kommissionen haben ihre Beratungen zum Geschäft abgeschlossen. Nun wird der Ständerat als Erstrat das Geschäft in der Herbstsession 2026 behandeln. Der Nationalrat ist voraussichtlich in der Wintersession 2026 am Zug. Bauenschweiz verfolgt die parlamentarischen Beratungen aufmerksam und wird nach deren Abschluss eine Parole zum Vertragspaket fassen.

Divers

22.10 WBK-N

23.4078 Motion Sollberger (V/BL)
Lehrbetriebe entlasten
Stand: In Kommission des Nationalrats

Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion 23.4078 «Lehrbetriebe entlasten». Das duale Bildungssystem ist für die Bauwirtschaft von zentraler Bedeutung. Engagierte Lehrbetriebe und Berufsbildnerinnen und Berufsbildner bilden dabei das Rückgrat der beruflichen Ausbildung; gleichzeitig verschärft sich der Fachkräftebedarf. Gezielte regulatorische und administrative Entlastungen sowie die Stärkung von Lehrbetriebsverbünden können Lehrbetriebe bei ihrer Ausbildungsaufgabe unterstützen. Bauenschweiz empfiehlt dem Ständerat deshalb die Annahme der Motion.

Raumplanung

26.10 UREK-S

23.3717 Motion Burgherr (V/AG)
Mehr Freiraum beim Umbau landwirtschaftlicher Bauten
Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission

Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion.

Raumplanung

26.10 UREK-S

23.3718 Motion Burgherr (V/AG)
Baugesuche schneller behandeln
Stand: In Kommission des Ständerats

Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion.

Raumplanung

26.10 UREK-S

25.3113 Motion Ruch (RL/VD)
Änderung der Raumplanung zugunsten von bestehenden bewohnten und teilweise bewohnten Gebäuden ausserhalb der Bauzone
Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission

Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion im Grundsatz. Der Trennungsgrundsatz von RPG2 darf damit jedoch nicht geschwächt werden.

Raumplanung

26.10 UREK-S

26.3359 Motion Müller (RL/LU)
Gezielte und griffige Massnahmen gegen die Wohnungsknappheit
Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission

Position: Bauenschweiz unterstützt die vom Bundesrat am 22. April ausgelösten Aufträge um unter anderem die Beschwerdemöglichkeit gegen Bauprojekte für Privatpersonen einzuschränken und die Innenentwicklung als nationales Interesse gesetzlich zu verankern. Gleichzeitig es ist jedoch auch wichtig, dass Kantone und Gemeinden die bestehenden Hebel nutzen, nicht nur den Wohnungsbau zu ermöglichen, sondern aus Sicht der Bauwirtschaft insbesondere auch die Bewilligungsverfahren verlässlicher, transparenter und digitaler zu machen. Bei der Diskussion mit den Mitgliedverbänden zur Motion von Ständerat Müller waren die Einschätzungen zur Wirkung unterschiedlich. Einerseits werden die ausdrücklich «bedarfsorientierte Neueinzonungen» als Mittel eingeschätzt, das hinderliche Bauvorschriften für eine Entwicklung nach Innen – wie die Ausnützungsziffer, Mindestabstände, Grünflächenanteile oder Gebäudehöhe – flexibilisiert oder aufgehoben werden können. Andere Einschätzungen sehen darin, ein Wiederspruch zu RPG1 und plädieren dafür, dass die Kantone endlich das noch bestehende Potenzial mobilisieren – beispielsweise durch die bessere Nutzung bestehender Bauzonen, die Entwicklung brachliegender oder unternutzer Areale, die Transformation bestehender Strukturen, die Verdichtung an gut erschlossenen Standorten sowie durch schnellere und effizientere Bewilligungsverfahren.

Divers

29.10 RK-N
19.11 RK-N

26.044 Geschäft des Bundesrates
Stockwerkeigentumsrecht (Art. 712a ff. ZGB). Änderung
Stand: Eingereicht

Position: Der Bundesrat anerkennt die bestehende Praxis und schafft mit der Vorlage erstmals eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage für die Begründung von Stockwerkeigentum vor Erstellung des Gebäudes. Damit wird eine seit Jahrzehnten etablierte Praxis gesetzlich verankert. Für die Bau- und Immobilienwirtschaft ist dies von grosser Bedeutung, da der Verkauf ab Plan häufig eine Voraussetzung für die Finanzierung und Realisierung von Bauprojekten darstellt. Mit der Eintragung vor Erstellung des Gebäudes und der späteren Nachführung des Aufteilungsplans übernimmt der Entwurf zudem wesentliche Elemente eines projektbezogenen Aufteilungsplans und stärkt damit die Rechtssicherheit bereits in der Planungs-, Finanzierungs- und Vermarktungsphase. Klare und nachvollziehbare Aufteilungspläne schaffen Transparenz, reduzieren spätere Auslegungsfragen und stärken die Verlässlichkeit der Verkaufsunterlagen. Der Entwurf sieht jedoch zusätzliche Kontroll-, Melde- und Interventionsmechanismen vor. Dies ist aus Sicht der beiden Dachorganisationen sgv und Bauenschweiz nicht notwendig. Denn aus Sicht der Praxis ist sicherzustellen, dass die vorgesehenen Regelungen einfach, verständlich und effizient vollziehbar sind. Der administrative Aufwand für Eigentümer, Projektentwicklerinnen und Projektentwickler, Geometer, Notariate sowie Grundbuchämter ist möglichst gering zu halten.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

02.11 UREK-N

21.432 Parlamentarische Initiative Ryser (G/SG)
Grundlagen für ein CO2-Grenzausgleichssystem schaffen
Stand: Beratung in Kommission des Nationalrates abgeschlossen

Position: Damit inländische Produktionsunternehmen von Baumaterialien auch gegenüber Konkurrenten aus Nicht-EU-Staaten und dem nahen Ausland wettbewerbsfähig bleiben und damit weiterhin qualitativ hochwertige Baustoffe hierzulande produzieren können, braucht es zielgerichtete Massnahmen pro Sektor.

Divers

19.11 UREK-S

16.498 Parlamentarische Initiative Badran (S/ZH)
Unterstellung der strategischen Infrastrukturen der Energiewirtschaft unter die Lex Koller
Stand: In Kommission des Ständerats

Position: Bauenschweiz hat eine Stellungnahme zur Vernehmlassung eingereicht. Bauenschweiz lehnt eine Unterstellung der strategischen Infrastrukturen, namentlich der Wasserkraftwerke, Gasnetze, Stromnetze und Kernkraftwerke, unter die Lex Koller ab. Die Lex Koller ist dafür nicht die geeignete Gesetzesbasis. Die Lex Koller befasst sich mit Grundstücken. Fragen zur Eignerschaft von national bedeutsamen Infrastrukturen sind strategisch übergeordnet zu klären. Effektiver Handlungsbedarf besteht nicht, da die betreffenden Infrastrukturen zu grossem Teil in staatlicher Hand sind.

Kartellrecht

23.11 WAK-N

26.049 Geschäft des Bundesrates
Kartellgesetz (Reform der Wettbewerbsbehörden)
Stand: In Kommission des Nationalrats

Position: Bauenschweiz lehnt die ursprüngliche Fassung der Vorlage ab und empfahl bei der ersten Traktandierung deren Rückweisung an den Bundesrat zur umfassenden Überarbeitung. Entscheidend sind die der Verwaltung beauftragten Fragestellungen und das weitere Vorgehen der Kommission. Das Kernproblem – die fehlende Trennung von Untersuchung und Entscheid – bleibt ungelöst und ist verfassungs- und konventionsrechtlich bedenklich. Die Vorlage setzt überdies am falschen Punkt an: Die massgeblichen Verzögerungen entstehen beim Bundesverwaltungsgericht, nicht bei der WEKO.

Laufende und geplante Vernehmlassungen

2025/119 Geplante Vernehmlassungen

Änderung der Energieverordnung im Zusammenhang mit dem Entlastungspaket 27 zur Neukonzipierung der Förderung im Gebäudebereich
Geplant: 10.2026 – 02.2027

Beschreibung: Die vorliegende Änderung der Energieverordnung (EnV; SR 730.01) präzisiert diese neu konzipierte Förderung im Gebäudebereich. Die Vorlage soll zusammen mit den Änderungen des Energiegesetzes im Rahmen des EP27 per 1. Januar 2028 in Kraft treten.

SR-Referenzen: 730.01

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

2026/83 Geplante Vernehmlassungen

Revision des CO2-Gesetzes im Bereich Fahrzeuge für die Zeit ab 2030 und des Energiegesetzes (Fahrzeug-Label)
Geplant: 10.2026 – 02.2027

Beschreibung: Das CO2-Gesetz regelt die CO2-Flottenziele für erstmals in der Schweiz zugelassene Fahrzeuge. Ziel der vorgeschlagenen Revision ist es, das geltende EU-Recht und die Vorschläge der EU im Bereich der CO2-Emissionsvorschriften nachzuvollziehen, soweit diese die Zeit ab 2030 betreffen. Zudem soll im Energiegesetz die Rechtsgrundlage für die Übernahme des harmonisierten CO2-Labels der EU geschaffen werden.

SR-Referenzen: 641.71, 730.0

Divers

2026/37 Laufende Vernehmlassungen

Änderung des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit (Umsetzung Motion 24.3202 Candinas Martin)
Frist: 16.10.26

Beschreibung: Die vorliegende Gesetzesrevision ermöglicht den Informationsaustausch zwischen kantonalen Kontrollorganen sowie Handelsregister-, Betreibungs- und Konkursämtern zur Schwarzarbeitsbekämpfung. Zudem erhalten die kantonalen Kontrollbehörden eine gesetzliche Grundlage für den direkten Zugriff auf das IVZ-Datensystem des Bundesamts für Strassen. Schliesslich wird im Bundesgesetz über die Transparenz juristischer Personen und die Identifikation der wirtschaftlich berechtigten Personen vom 26. September 2025 (TJPG) eine Lücke geschlossen, damit die zuständigen Stellen im Bereich der Bekämpfung von Versicherungsmissbrauch, Versicherungsbetrug und Schwarzarbeit dem Transparenzregister Unstimmigkeiten melden dürfen

Unterlagen: Vernehmlassungsvorlage, Erläuternder Bericht, Begleitschreiben-2, Begleitschreiben, Adressatenliste, Synoptische Tabelle
SR-Referenzen: 822.41

Position: Aktuell läuft der Meinungsbildungsprozess mit den Mitgliedern.

Divers

2026/88 Geplante Vernehmlassungen

Umsetzung der Wohneigentumsbesteuerungsreform: Totalrevision der Liegenschaftskostenverordnung
Geplant: 11.2026 – 03.2027

Beschreibung: Die Vernehmlassungsvorlage konkretisiert die Gesetzesbestimmungen des Bundesgesetzes über den Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung.

SR-Referenzen: 642.116

Position: Für Bauenschweiz ist der zweite Schritt der Umsetzung der Abschaffung Eigenmietwert wichtig. Bei diesem werden die Umwelt- und Energiemassnahmen definiert, welche die Kantone noch als abzugsfähig definieren können. Diese muss dem aktuellen Stand der Technologie und der laufenden Innovation in der Bauwirtschaft entsprechen.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

2026/90 Laufende Vernehmlassungen

Verordnungspaket Umwelt Frühling 2027
Frist: 07.12.26

Beschreibung: Anpassung von Verordnungen des Umweltrechts, namentlich die Altlasten-Verordnung (AltlV, SR 814.680), die Abfallverordnung (VVEA, SR 814.600), die Ge-wässerschutzverordnung (GSchV, SR 814.201), die CO2-Verordnung (SR 641.711) und die Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV; SR 814.710).

Unterlagen: Vernehmlassungsvorlage-2, Vernehmlassungsvorlage, Vernehmlassungsvorlage-4, Vernehmlassungsvorlage-3, Vernehmlassungsvorlage-5, Erläuternder Bericht-5, Erläuternder Bericht-4, Erläuternder Bericht-3, Erläuternder Bericht-2, Erläuternder Bericht, Erläuternder Bericht-6, Begleitschreiben-2, Begleitschreiben, Adressatenliste, Synoptische Tabelle, Synoptische Tabelle-3, Synoptische Tabelle-2, Synoptische Tabelle-5, Synoptische Tabelle-4
SR-Referenzen: 641.711, 814.201, 814.680, 814.710, 814.600

Position: Bauenschweiz hat mit seinen Mitgliedern den Meinungsbildungsprozess gestartet. Im Fokus steht dabei insbesondere der Umgang mit PFAS in der Altlasten-Verordnung und den entsprechenden Grenzwerten. Bauenschweiz publizierte im Frühling 2026 einen aktuellen Stand der Ausgangslage und hat sich bereits 2024 im Rahmen einer gemeinsamen Haltung zum Umgang und Einsatz von per- und polyfluorierten Alkylverbindungen (PFAS) in der Schweizer Bauwirtschaft geäussert. Die Bauwirtschaft hat ihre Bereitschaft, aktiv mitzuarbeiten und Lösungsansätze zu suchen, sowohl intern unter den Verbänden und ihren Mitgliedern als auch nach aussen gegenüber der Öffentlichkeit sowie der Bauherren immer wieder erneuert.

Divers

2026/48 Geplante Vernehmlassungen
Bundesgesetz über Bauprodukte
Geplant: 01.2027 – 05.2027

Beschreibung: Die Schweizer Bauproduktegesetzgebung (Bauproduktegesetz, BauPG, SR 933.0 und Bauprodukteverordnung, BauPV, SR 933.01) regelt, wie Bauprodukte in der Schweiz auf den Markt kommen dürfen. Diese Bestimmungen sind äquivalent mit der europäischen Bauprodukteverordnung von 2011 (Verordnung (EU) 305/2011, Construction Products Regulation CPR-2011). Die Äquivalenz dieser Erlasse ist die Voraussetzung für das Kapitel 16 des bilateralen Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA, SR 0.946.526.81). In der EU wurde die CPR revidiert. Die CPR-2024 ist am 7. Januar 2025 in Kraft getreten. Um den Marktzugang für die Schweizer Unternehmen zum Markt der Europäischen Union (EU) im Bereich der Bauprodukte zu erhalten, muss die Äquivalenz der Schweizer Erlasse mit der CPR-2024 wieder hergestellt werden, damit das MRA weitergeführt werden kann. Das bedeutet, dass die geltenden schweizerischen Rechtsvorschriften für Bauprodukte überarbeitet werden müssen. Im Rahmen dieser Revision sollen die Regelungen der CPR-2024 in der Bauproduktegesetzgebung abgebildet werden.

SR-Referenzen: 933.0, 933.01

Divers

2026/84 Geplante Vernehmlassungen
Änderung der Verordnung über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Bauarbeiten (Bauarbeitenverordnung, BauAV)
Geplant: 01.2027 – 04.2027

Beschreibung: Die Verordnung vom 18. Juni 2021 über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Bauarbeiten (Bauarbeitenverordnung, BauAV) wird geändert, um die Motion 22.4199 Sollberger «Anpassung der Bauarbeitenverordnung hinsichtlich der Notwendigkeit zur Einreichung eines Gesundheits- und Sicherheitsschutzkonzeptes» umzusetzen. Im Umfang dieser Umsetzung können bei ausgewiesenem Bedarf offensichtliche Unklarheiten, (Übersetzungs-)Fehler oder dringliche Anpassungen berücksichtigt werden, sofern diese breit abgestützt sind.

SR-Referenzen: 832.311.141

Position: Die Bauwirtschaft arbeitet aktuell in der entsprechenden Arbeitsgruppe für den Entwurf mit und hat dazu eine Liste an Anpassungsbereiche eingegeben. Bauenschweiz wird mit der Arbeitsgruppe Arbeitssicherheit & Gesundheitsschutz die entsprechende Vernehmlassungsvorlage prüfen und eine gemeinsame Stellungnahme einreichen.